

© RZ Koblenz

Erzieher stellen sich vielen Herausforderungen

Betreuung Hachenburger Sozialdemokraten sprechen sich für einheitliche Aufnahmekriterien in Kitas aus

M **Hachenburg**. Die neue rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, Kindertagesstätten (Kitas) zu Familienzentren mit sozialpädagogischer Kompetenz auszubauen. Der SPD-Ortsverein Hachenburg nahm dies zum Anlass, die Leiterin des kommunalen Kinderhauses Hachenburg, Anne Hasenauer, zu einem Gespräch über die Anforderungen an Kitas in einem sich wandelnden gesellschaftlichen Umfeld einzuladen.

Der Wandel sei nicht nur durch die zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile sowie das wichtige Thema der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund geprägt, betonte Anne Hasenauer. Zusätzlich stellen auch immer häufiger vorkommende Allergien und chronische Erkrankungen schwierige Anforderungen an die Erzieher. Es sei selbstverständlich, der Aufnahme von Kindern mit Beeinträchtigungen mit Einfühlungsvermögen und Offenheit zu begegnen. Es gehe dabei jedoch nicht mehr nur um eine pädagogisch sinnvolle Betreuung und Förderung, sondern auch um die Übernahme von Verantwortung, wenn beispielsweise ein an Diabetes leidendes Kind in eine Unterzuckerung gerät oder ein Allergiker bestimmte Dinge nicht essen darf. Dies könne nur in enger Absprache mit den kooperierenden Eltern und Ärzten geschehen, und die Politik müsse diesen deutlich gewandelten Anforderungen nicht nur durch Leitsätze, sondern zusätzlich durch konkrete Maßnahmen in der Durchsetzung und in der Bereitstellung von Ressourcen Rechnung tragen .

Einig war man sich in der Diskussion, dass dabei den Jugendämtern eine besondere Verantwortung zukommt – auch indem die Gewährung von zusätzlichen Personalstunden wegen Mehrbedarfs in der Betreuung problembewusst und unbürokratisch gehandhabt wird, ohne dass die Kitaleitung oder die Eltern in die Position von Bittstellern gedrängt werden.

Darüber hinaus waren die Anwesenden der Auffassung, dass auf kommunalpolitischer Ebene nur solche Kitas durch öffentliche Mittel und damit Steuergelder zuschusswürdig sein sollten, die bei der Aufnahmeentscheidung von Kindern nicht selektiv, sondern nach einheitlichen Kriterien vorgehen .

Westerwälder Zeitung vom Samstag, 18. Juni 2011, Seite 24